
Verteilungskampf

Rezension von: Marcel Fratzscher,
Verteilungskampf. Warum Deutschland
immer ungleicher wird, Hanser,
München 2016, 263 Seiten, gebunden,
€ 19,90; ISBN 978-3-446-44465-2.

Vom „Wohlstand für alle“ in Deutschland, den der Politiker Ludwig Erhard, ein Vertreter des Ordoliberalismus, einst mit seinem Buch propagierte, bleibt laut Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin und Professor für Makroökonomie an der Humboldt-Universität zu Berlin, nur noch Wohlstand „für wenige“ übrig. Dies macht er bereits in der Einleitung deutlich.

Gleich zu Beginn fordert er die Leser mit vermeintlichen Paradoxa bzw. „Puzzle“: Wie kann es etwa sein, dass Deutschland eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen der Welt hat, gleichzeitig als Sparweltmeister bezeichnet werden kann und trotzdem im Ländervergleich so wenig Vermögen anhäuft? Die Antwort lässt – wie auch in diesem Beitrag – einige Zeit auf sich warten.

Fratzscher untermauert seine These, dass Deutschland immer ungleicher wird, in 27 knapp gehaltenen Kapiteln, die ein breites Spektrum an Themen abdecken. Diese reichen von einer kurzen philosophischen Betrachtung von Freiheit und Gleichheit über Globalisierung und Digitalisierung bis zur aktuellen Migrationsdebatte. Mühelos schafft er dabei den Bezug zu Ungleichheit herzustellen und bekräftigt sämtliche seiner Aussagen durch Studien, die – vielleicht nicht zufällig – zu einem erheblichen Teil vom DIW selbst stammen. Die insgesamt 62 Abbildungen

dienen der grafischen Veranschaulichung dieser Ergebnisse, obgleich die unmittelbare Verständlichkeit, insbesondere für Laien, vermutlich manchmal zu wünschen übrig lässt.

Dem Untertitel verpflichtet, beziehen sich seine Ausführungen meist auf Deutschland, oft aber auch auf EU- und OECD-Länder. Besonders ausführlich arbeitet Fratzscher die Konsequenzen der Ungleichheit heraus, bspw. jene auf politische und soziale Teilhabe. Die Analysekraft bleibt über weite Strecken des Buches konstant hoch, und so prallt etwa ein Diskreditierungsversuch der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ab. Diese nutzte eine öffentlich bekanntgegebene Korrektur in einer zitierten DIW-Studie, um das Faktum steigender Ungleichheit überhaupt in Frage zu stellen; tollkühn, gegeben die Tatsache, dass die Studienergebnisse in ihrer Tendenz unverändert blieben.

Es wird im Verlauf des Buches mehr als deutlich, was Fratzscher als die zentrale Forderung ansieht, der er auch einen ganzen Abschnitt des Buches widmet: Gebetsmühlenartig fordert er die Herstellung von Chancengleichheit durch Bildung, insbesondere im Kleinkindalter und bis zur beruflichen Weiterbildung. Vor allem bei der frühkindlichen Bildung hinkt Deutschland (und Österreich noch mehr) stark hinter dem OECD-Schnitt her und gibt dafür in Relation zum BIP weniger als die Hälfte aus als Frankreich.

Eine kritische Bemerkung zur Ausführung der vorliegenden ersten Auflage: Das Lektorat des Hanser-Verlages scheint einige Fehler übersehen zu haben, die verteilt über das Buch, aber besonders konzentriert auf Seite 175 zu finden sind und dort das Lesen tatsächlich erschweren. Man würde solch

grobe Schnitzer von einem so renommierten Verlag nicht erwarten, und es bleibt zu hoffen, dass LeserInnen späterer Auflagen verschont bleiben werden.

Fokus auf die unteren 40%

Ein gewisser Grad an Ungleichheit ist für Fratzscher, den ehemaligen EZB-Mitarbeiter, notwendig, um die richtigen Anreize zu setzen, und wird erst dann ein Problem, wenn er nicht mehr die freiwillige Wahl der BürgerInnen widerspiegelt und insbesondere dann, wenn das wirtschaftliche Wachstum betroffen ist. So schlussfolgert er etwa: „Nicht jede Ungleichheit ist schädlich. Ein Land kann ein hohes Wachstum erzielen, auch wenn das oberste ein Prozent über unverhältnismäßig hohe Vermögen verfügt.“ (S. 84) Diese Perspektive führt auch zu Fratzschers Fokusgruppe, die sich auch mit jener der OECD (2015) deckt: die einkommensärmsten 40% der Bevölkerung. Dieser Gruppe werden Chancen verwehrt, und ihre Potenziale und Fähigkeiten bleiben zu weiten Teilen ungenützt.

Dank der geringen Einkommensmobilität (Mobilitätspuzzle) verharrt auch ein Großteil der nächsten Generation in der einkommensärmeren Hälfte der Bevölkerung. Um den starken Beharrungstendenzen Ausdruck zu verleihen, verweist der Autor auf eine prägnante und zugleich bedenkliche Relation: Die Hälfte des Einkommens der Kinder wird durch den Bildungsstand und das Einkommen der Eltern bestimmt. Diese Mobilität gilt es zu erhöhen – eine Position, die in vermutlich allen normativen Lagern auf Zustimmung stößt –, und Bildung ist dafür der zentrale Lösungsansatz.

Es mag Situationen geben, in denen hohes Wachstum zeitgleich mit unverhältnismäßiger Konzentration an der Spitze stattfindet. Dies stellt jedoch eher eine Koinzidenz dar. Wie Fratzscher selbst ausführt, entging Deutschland durch den Anstieg der Einkommensungleichheit seit den 1990er-Jahren laut Schätzungen der OECD 6% der heutigen Wirtschaftsleistung. Somit besteht ein Zusammenhang zwischen den Restriktionen für die einkommensärmeren 40% der Bevölkerung, der Konzentration der Einkommen¹ (und Vermögen) und den wirtschaftlichen Entwicklungspotenzialen.

Eine wichtige Dimension, die in Fratzschers Betrachtungsweise² fehlt, ist Macht. Wie Einkommen oder Vermögen ist diese nicht über die gesamte Bevölkerung gleich verteilt, sondern sehr stark konzentriert. Gerade an der Spitze der Vermögens- und Einkommensverteilung – also in dem Teil, den Marcel Fratzscher für nicht sonderlich beachtenswert hält – bestehen aber starke Tendenzen der Machtkonzentration. Diese führen zu genau den Folgen, vor denen er – aus anderer Perspektive – warnt: schwindende politische Teilhabe bzw. demokratiezersetzende Prozesse.

Darauf verweist auch Angus Deaton, Träger des Alfred-Nobel-Gedächtnispreises für Wirtschaftswissenschaften von 2015. Deaton (2013, S.213) zitiert mit Louis Brandeis einen ehemaligen Richter des Obersten Gerichtshofs in den USA: *„We may have democracy, or we may have wealth concentrated in the hands of a few, but we can't have both.“* Dass dies nicht bloß ein wohlklingendes Zitat ist, zeigt etwa Martin Gilens (2012) für die USA. In seinem umfassenden Buch *„Affluence and Influence“* kommt er u. a. zu der Erkennt-

nis, dass Abstimmungen im Kongress deutlich sensibler auf die Wünsche der Wohlhabenden reagieren als auf die der ärmeren Wählerschaft.

Fratzscher sieht in der enormen Bedeutung von Lobbying-Aktivitäten und im Einfluss von Sonderinteressengruppen Anzeichen des Verteilungskampfes. Die Möglichkeiten der Geltendmachung dieser Einflüsse bieten sich lediglich dem oberen Rand der Verteilung. Es ist also verwunderlich, dass Marcel Fratzscher trotz der vielfältigen eigenen Ausführungen zu den negativen Folgen von hoher Vermögensungleichheit dem obersten Prozent keine Beachtung schenkt.

Familienunternehmen und Vermögenskonzentration

Das vermögendste Prozent aller deutschen Haushalte kann knapp ein Viertel des gesamten Vermögens sein Eigen nennen. Als eine bisher selten vorgefundene Begründung für diese extreme Vermögenskonzentration führt Fratzscher vor allem die Dominanz von Familienunternehmen an. Während in Großbritannien kaum ein Familienunternehmen zu den größten dreihundert Unternehmen des Landes zählt, sind es in Deutschland rund einhundert. Diese Unternehmen befinden sich in den Händen von Familien wie etwa Porsche bzw. Piech (Volkswagen AG), Quandt (BMW Group) oder Albrecht (Aldi Diskounter). Die langfristige Perspektive dieser Familiendynastien wirken sich auch positiv auf das Nettovermögen aus, wie der Autor festhält: „Die meisten Milliardäre oder genauer gesagt, in vielen Fällen deren Vorfahren, haben ihre Vermögen ursprünglich durch Familienunternehmen erwirtschaftet“ (S.153). Dazu trägt auch die

(derzeit in Reform befindliche) Erbschafts- und Schenkungssteuer bei, deren bisherige Ausgestaltung zu einer deutlich höheren effektiven Steuerbelastung für geringe Erbschaften führt als für (sehr) hohe. Hinzu kommt die Möglichkeit einer missbräuchlichen Deklaration von betriebsnotwendigem Vermögen, die zu weiteren Steuerersparnissen für UnternehmenseigentümerInnen führt. Fratzscher wünscht sich eine weniger zahnlose Erbschaftsteuer, könnte eine solche doch die soziale Mobilität und die von ihm so oft geforderte Chancengleichheit erhöhen. Erstaunlich keck mutet im Zuge der ausführlichen Beschreibung der Erbschaftsteuer und ihrer Missstände der Satz an, dass ErbInnen nicht unbedingt die besseren Manager sein mögen. Dies lässt die Dimensionen seiner persönlich favorisierten Erbschaftsteuer erahnen.

Die Ineffizienz der Umverteilung

Neben der Umverteilung durch vermögensbezogene Steuern, wie der Erbschafts- und Schenkungssteuer, ist ihm aber auch die Umverteilung von Einkommen ein wichtiges Anliegen. Erst durch die starke sozialstaatliche Umverteilung durch Transfers wie Kindergeld, Arbeitslosengeld und andere finanzielle Leistungen wandelt sich das „amerikanische“ Deutschland in das, was wir kennen. Beide Länder haben einen Gini-Koeffizienten von etwa 0,51 bei Markteinkommen, und erst in der Sekundärverteilung erlangt Deutschland einen Gini-Koeffizienten von 0,29 (2012), während dieser in den USA bei 0,39 steht. Deutschlands Marktprozesse bewirken also hohe Ungleichheit, und nur der Staat gleicht die seit drei Jahrzehnten steigende Ungleichheit

der Markteinkommen aus. Diese nahm zwischen 1985 und 2012 ähnlich zu wie in den USA und stieg doppelt so stark an wie im gleichen Zeitraum in Frankreich. Aber – und das ist die ungewöhnliche Wendung – Fratzscher meint, dass „tendenziell eher“ zu viel umverteilt wird. Die Umverteilung werde immer ineffizienter, gemessen an der Änderung des Gini-Koeffizienten vor und nach der Umverteilung. Auf der einen Seite kritisiert er, dass nur die Einkommensteuer als eine der ganz wenigen Steuern progressiv ausgestaltet ist und dass es eine mutigere Besteuerung von Vermögen zugunsten einer niedrigeren Besteuerung von Einkommen bräuchte. Andererseits aber liegt die Ineffizienz in der Tatsache, dass Bessergestellte mit ihren Steuern oft andere Bessergestellte unterstützen. Die jeder Umverteilung zugrunde liegende Ineffizienz könne in diesem Falle nicht durch gesellschaftliches Interesse legitimiert werden.

M. E. ist auch in diesem Falle Legitimation gegeben. Diese liegt im Wesen des Wohlfahrtsstaates selbst. Denn die wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen zielen nicht nur auf die Minderung der Not der einkommensärmeren Schichten ab. Der Sozialstaat ist als Institution für alle gedacht, und so ist es durchaus wünschenswert, dass auch Vermögende – etwa durch die Familienbeihilfe etc. – in den Genuss solcher Leistungen kommen. Dies soll verdeutlichen, dass alle vom Sozialstaat profitieren, von Bildungseinrichtungen über Pflege- und Gesundheitsleistungen bis zum Pensionssystem. Das Ausschließen der Wohlhabenden von all diesen Leistungen untergrübe die Legitimität des Sozialstaates und würde in weiterer Folge zu einer Ablehnung durch einen Teil der Bevölkerung führen.

Spärliche Lösungen

In seiner Forderung nach der Herstellung von Chancengleichheit, die besonders durch frühkindliche (Aus-) Bildung und Bildung im Allgemeinen erreicht werden kann, stimmt Fratzscher ein in den internationalen Kanon von Autoren wie Joseph Stiglitz (2015), Tony Atkinson (2015) und anderen. Vorschläge zur Finanzierung dieser Maßnahmen bleibt er allerdings schuldig. Des Weiteren sieht er – und das ist die Auflösung des Vermögenspuzzles – mangelnde finanzielle Bildung als ein spezifisches Problem der Deutschen an. Würden sie vom konservativen und risikoscheuen Weg abweichen und die Diversifizierung ihrer Portfolios um Immobilien, Aktien, Anleihen und andere Wertpapiere erweitern, dann wären sie nicht auf den für viele Jahre negativen Realzins auf Sparbüchern angewiesen. Ob den einkommensärmeren 40% eine umfassende finanzielle Bildung nützte, ist mehr als zweifelhaft. Die von Fratzscher kolportierte private Sparquote von 15% gilt eben nur im Durchschnitt und trifft mitnichten auf die untere Hälfte der Einkommensverteilung zu. Da nützt auch eine weitere zaghafte Forderung des Autors kaum, nämlich die der Förderung von Immobilienerwerb.

Fazit

Fratzschers Analysen sind äußerst umfangreich und in manchen Bereichen wie der Vermögensungleichheit sehr genau. Es werden damit viele Dimensionen und Konsequenzen, die mit der hohen Ungleichheit in Deutschland verbunden sind, näher beleuchtet. Beinahe jedes Argument wird mit Studien belegt, die für wirtschaftlich Interessierte gut zusammengefasst sind; gleich-

zeitig bietet er Fachleuten die Möglichkeit, die zitierten Studien im Detail nachzuvollziehen.

Allein die Schlussfolgerungen des Autors wirken zaghaft und muten zum Teil sogar seltsam an. So reiht er sich in den unendlichen Chor derer ein, die mehr Chancengleichheit und höhere Ausgaben für (frühkindliche) Bildung fordern, ohne jedoch konkrete Finanzierungsmöglichkeiten darzustellen. „[V]iele deutsche Bürger sparen zwar recht viel, aber auch sehr schlecht.“ (S. 235) Die Forderung nach besser gestreuter Veranlagung des Angesparten scheint in Anbetracht der noch immer präsenten Folgen der Finanzkrise geradezu als zynisch, abgesehen davon, dass er selbst betont, dass die untersten 40% keine Möglichkeit haben anzusparen.

Durch die Fokussierung auf die Problematik in Deutschland bietet der Autor eine – im Gegensatz zu den oftmals global ausgerichteten Sachbüchern – länderspezifische Studie zum Thema Ungleichheit. In der Hoffnung, dass seine Analysen in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs aufgenommen werden und die Schlussfolgerungen von anderen ÖkonomInnen ergänzt und korrigiert werden, besteht somit eine Leseempfehlung für alle, die den Verteilungskampf nicht scheuen.

Michael Ertl

Anmerkungen

- ¹ Ein Anzeichen dafür, dass das in Deutschland auch erkannt wurde, ist die Einführung eines Armuts- und Reichtumsberichts. Dieser wird seit 2001 regelmäßig durchgeführt und löste den vorher allein auf Armut fokussierten Bericht ab. Kritiker wie Michael Hartmann wenden natürlich zu Recht ein, dass die Berichterstattung im Falle von Reichtum deutlich geringer ausfällt als von Armut, aber zumindest wurde die Relevanz der Vermögenskonzentration für die Entwicklung der Gesellschaft in Deutschland erkannt.
- ² Dies gilt für die Neoklassik – abseits von Monopolmärkten und anderen ausgewählten Betrachtungen – ganz generell.

Literatur

- Atkinson, Anthony B., *Inequality – What can be done?* (Cambridge, MA, 2015).
- Deaton, Angus, *The Great Escape: Health, Wealth, and the Origins of Inequality* (Princeton 2013).
- Gilens, Martin, *Affluence and Influence: Economic Inequality and Political Power in America* (Princeton 2012).
- Stiglitz, Joseph E., *Reich und Arm. Die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft* (München 2015).
- OECD, *In It Together: Why Less Inequality Benefits All* (Paris 2015).